

Niederschrift

**über die 2. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses am
Mittwoch, 18.03.2026 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40
in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Dr. Claus Pommer

stellv. Vorsitz

Herr Peter Groß

CDU

Ratsmitglieder

Herr Fabian Filatov

CDU

Herr Thomas Grünendahl

CDU

Vertretung für O. Kohl

Herr Rainer Schlottmann

CDU

Vertretung für C.
Schlottmann

Herr Michael Wegmann

CDU

Frau Kimberly Lynn Bauer

SPD

Herr Ben Juan Eisenblätter

SPD

Frau Andrea Janeck

SPD

Herr Marlon Buchholz

AfD

Herr Dr. Heimo Haupt

AfD

Herr Eike Jens Schuster

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Yorck-Peter Wolf

Bündnis 90/Die Grünen

Vertretung für A. M.
Reimann

Herr Uwe Gramminger

FDP

Herr Klaus Wockenfoth

Die Linke

Herr Andreas Benoit

Bürgeraktion I Piraten

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner

Stadt Hilden

Frau Beigeordnete Mona Wolke-Ertel

Stadt Hilden

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger

Stadt Hilden

Herr Roland Becker

Amtsleiter

Bürgermeisterbüro

Frau Christine Kaiser

Beratungs- und

Prüfungsamt

Herr Holger Kottenstein

Stadt Hilden

Herr Hans-Peter Kremer

Feuerwehr Hilden

Herr Patrick Lambrou

SGL Personalservice

Frau Carolin Siepmann

Digitalisierungsbeauftragte

te

Frau Ilka Sobirey

Stadt Hilden

Herr Marco Wachsmann

Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Organisationsentwicklung und Digitalisierung
- 2.1 Sachstandsbericht Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung
WP 25-30 SV 12/003
- 3 Personalmanagement
- 3.1 Personalmanagement bei der Stadt Hilden - Sachstandsbericht 2025
WP 25-30 SV 10/006
- 3.2 Bericht über den Personalbestand und die Personalkostenentwicklung zum 31.12.2025
WP 25-30 SV 10/005
- 4 Aktuelles aus dem Bereich Feuerwehr
WP 25-30 SV II/004
- 5 Erweiterungsbau Feuer- und Rettungswache - Abschluss Vorplanung
WP 25-30 SV 26/004
- 6 Anregungen und Beschwerden
- 6.1 Anregung nach § 24 GO Einführung und Bereitstellung von Taxigutscheinen für Frauen, um nachts mit einem Taxi den Heimweg antreten zu können
WP 25-30 SV II/005
- 6.2 Bürgeranregung nach §24 GO zur Gestaltung des Verkehrsknotenpunkts Schalbruch / Westring
WP 25-30 SV 66/005
- 6.3 Bürgerantrag nach §24 Go NRW: Klusenstraße - zusätzliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung
WP 25-30 SV 66/008

7 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

7.1 Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2026: Änderung von Ansätzen der Verwaltung - Hauptausschuss

WP 25-30 SV 20/037

7.2 Antrag Nr. 2026_01 zum Haushalt 2026 der AfD-Fraktion: Einstellungsstopp

7.3 Antrag Nr. 2026_07 AfD -Beendigung VHS-Zweckverband

WP 25-30 SV III/009

7.4 Antrag Nr. 2026_14 zum Haushalt 2026 der FDP-Fraktion: Personalkostenbudget

WP 25-30 SV 10/003

7.5 Antrag Nr. 2026_15 - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Area51

WP 25-30 SV 12/004

7.6 Antrag Nr. 2026_16 - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kinderparlament

WP 25-30 SV 12/005

7.7 Antrag Nr. 2026_24 - SPDuCDU_Maßnahmenpaket AREA51

WP 25-30 SV 12/006

7.8 Stellenveränderungen zum Stellenplan 2026

WP 25-30 SV 12/007

8 Anträge

8.1 Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.02.2026: Kosteneffizientere Alternativen gegenüber IPads im Rahmen des MEP 2025-2029

WP 25-30 SV 10/004

8.2 Antrag der AfD Fraktion vom 04.02.2026: Einführung eines KI-Assistenten zur Bürgerberatung

WP 25-30 SV 12/009

8.3 Antrag Nr. 285-24 - Fraktion CDU Streichung der kw-Vermerke der beiden Digitalisierungsstellen

WP 25-30 SV 12/010

8.4 Antrag Nr. 2026_18 - BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Neugestaltung der Gebühren für Anwohner*innenparkausweise – Einführung eines flächenbezogenen Gebührenmodells

WP 25-30 SV II/003

8.5 Beitritt zum Netzwerk sicher im Dienst

WP 25-30 SV II/002

9 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

10 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter*innen der Presse sowie die erschienenen Zuhörer*innen. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, schlug vor die Tagesordnungspunkte 7.5 und 7.7 in umgekehrter Reihenfolge zu beraten und den Tagesordnungspunkt 8.1 von der Tagesordnung zu nehmen.

Rm Buchholz (AfD) beantragte die Verschiebung des Tagesordnungspunktes 7.2 in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Den Änderungen wurden ohne Gegenrede zugestimmt.

Einwohnerfragestunde

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde wurde darum gebeten lauter zu sprechen, bzw. die Mikrofone zu nutzen.
Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

1 Befangenheitserklärungen

Es lagen keine Befangenheitserklärungen vor.

2 Organisationsentwicklung und Digitalisierung

Rm Schuster (Bündnis'90/Die Grünen) erkundigte sich nach bereits erfolgten, sowie zu erwartenden Stelleneinsparungen als Folge der Digitalisierung. Dezernentin Wolke-Ertel erklärte man sei diesbezüglich mit den Ämtern im Gespräch. Es zeigten sich bereits erste Effekte, die aber noch nicht konkret zu beziffern seien.

Rm Groß (CDU) unterstrich noch einmal die Digitalisierung als Kernkompetenz und forderte eine entsprechende Priorisierung.

Rm Benoit (Bürgeraktion I Piraten) stellte folgende drei Fragen an die Verwaltung:

1. Gibt es Überlegungen europäische Alternativen beim Einsatz von KI zu nutzen?
2. Wird es beim E-Payment künftig auch eine europäische Zahlungsmethode wie WERO geben?
3. Ist es der Verwaltung bereits möglich E-Rechnungen zu versenden?

Seitens der Verwaltung wurden die Fragen von der Digitalisierungsbeauftragten Siepmann wie folgt beantwortet:

Zu 1.: Zurzeit wird chatgpt beim Einsatz von KI genutzt, europäische Anbieter werden aktuell geprüft.

Zu 2.: E-Payment-Anbieter bieten künftig auch WERO an.

Zu 3.: Für das Erstellen von elektronische Ausgangsrechnungen fehlen noch ein paar kleinere technische Voraussetzungen.

Rm Gramminger (FDP) betonte, dass die Digitalisierung die Stellschraube für alles ist und begrüßte die Berichterstattung. Den Personaleinsatz hielt seine Fraktion für zu gering um die Digitalisierung voranzutreiben.

Der Hauptausschuss nahm den Sachstandsbericht zur Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung zur Kenntnis.

3 Personalmanagement

3.1 Personalmanagement bei der Stadt Hilden - Sachstandsbericht 2025

WP 25-30 SV
10/006

Rm Groß (CDU) begrüßte den Sachstandsbericht und lobte den professionellen Aufbau besonders im Hinblick auf das Dashboard zu den Personalkosten.

Der Hauptausschuss nahm den Sachstandsbericht Personalmanagement 2025 zur Kenntnis.

3.2 Bericht über den Personalbestand und die Personalkostenentwicklung zum 31.12.2025

WP 25-30 SV
10/005

Rm Benoit (Bürgeraktion I Piraten) fragte nach den Gründen für eine Unterschreitung in Höhe von ca. 829.000 Euro.

Der Sachgebietsleiter Personalservice Lambrou begründete die Unterschreitung damit, dass Jahresabschluss-Buchungen von Rückstellungen und Kostenblöcken erst im Januar/Februar

erfolgt seien.

Rm Gramminger (FDP) äußerte sich dahingehend kritisch, dass der korrigierte Plan noch einmal um 500.00 € überschritten würde.

Der Hauptausschuss nahm den Bericht über den Personalbestand und die Personalkostenentwicklung zum 31.12.2025 zur Kenntnis.

4 Aktuelles aus dem Bereich Feuerwehr

WP 25-30 SV
II/004

Rm Bauer (SPD) bat um weitere Details zur Organisationsuntersuchung.

Dezernentin Wolke-Ertel führte dazu wie folgt aus:

Aufgrund der Vorgaben des Brandschutzbedarfsplanes sei in den vergangenen Jahren die Mannschaftsstärke gewachsen.

Zudem hätten in jüngster Vergangenheit die altersbedingten Weggänge der beiden stellvertretenden Amtsleitungen der hauptamtlichen Feuerwehr stattgefunden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung - unter Federführung des Amtes für Verwaltungsmodernisierung - würden die Aufbauorganisation und die Aufgabenverteilungen systematisch beleuchtet und im Rahmen von Workshops mit den Beschäftigten in modifizierte Strukturen überführt.

Die Umsetzung liefe aktuell.“

Rm Buchholz (AfD) erkundigte sich nach neuen Erkenntnissen bezüglich des Tiefgaragenbrandes auf der Gerresheimer Straße.

Der Leiter der Feuerwehr erklärte, dass die Brandursachenermittlung der Polizei obliege und nicht im Verantwortungsbereich der Feuerwehr läge.

Der Hauptausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

5 Erweiterungsbau Feuer- und Rettungswache - Abschluss
Vorplanung

WP 25-30 SV
26/004

Rm Gramminger (FDP) reichte den ursprünglich als Änderungsantrag gedachten Antrag nach kurzer Diskussion als formalen Antrag ein:

Alternativer Standort zum Bau einer Feuer-& Rettungswache

Der Rat der Stadt Hilden beschließt einen Grundstücksankauf an der Hülsenstraße/Ecke Im Hülsenfeld 1 - 9 (ehem. Mercedes-Benz-Niederlassung) als Alternative zum Bau einer Feuer-& Rettungswache zu prüfen und zu überplanen.

Die Kosten für den Grundstückskauf (Bodenrichtwert) sind zu ermitteln sowie die Bau- und Planungskosten einer Feuerwache an diesem Standort realistisch zu schätzen und dem Rat als Alternative zur Entscheidung vorzulegen.

Begründung:

Das vorliegende Finanzierungsmodell wird durch die Verwaltung mit einem Brutto-Investitionsvolumen in Höhe von rund 76,5 Mio. Euro - zu 100% kreditfinanziert - beziffert. Geplant wird ein Darlehenszinssatz über 50 Jahre zu 2,5%.

Die Berechnungsgrundlage führt zu einer jährlichen Gesamtbelastung in Höhe von 2.5 Mio. Euro. 2.5 Mio. hochgerechnet auf 50 Jahre ergibt eine Gesamtsumme von 125.0 Mio. Euro. Diese Form einer immensen Verschuldung - über 2 Generationen hinweg - können und werden wir nicht mittragen. Da erfahrungsgemäß die Erweiterung eines Bestandsgebäudes immer teurer ausfällt als ein Neubau und aufkommende Risiken bei Bestandsgebäuden heute noch nicht vorhersehbar sind, unterbreiten wir diesen Alternativvorschlag Im Hülsenfeld 1-9 für einen Neubau unserer Feuer- & Rettungswache.

Die Mietverträge auf diesem Grundstück laufen für Mercedes Benz zu Ende Mai 2026 aus. Der Immobilieninvestor Mileway Germany GmbH (Hauptsitz in Frankfurt mit Zweigniederlassung in Düsseldorf) ist mit der Vermarktung beauftragt.

Das Areal umfasst ca. 30.000 m² und ist in seiner Grundfläche mit allen dazugehörigen Flurstücken 3 x so groß wie unser aktuelles Feuerwachengelände.

Wir gehen in unseren Überlegungen sogar noch weiter und könnten uns sehr gut vorstellen, dass dieser Standort sowohl für unsere Feuerwehr als auch für die Stadtwerke Hilden ein neues Zuhause darstellen kann.

Die dann freiwerdende Fläche der ehemaligen Standorte von Feuerwehr und Stadtwerke sehen wir als einmalige Chance für ein neues Wohnquartier mit hoher Lebensqualität im Herzen von Hilden.

Darüber hinaus bietet sich zusätzlich die Möglichkeit die restliche Fläche Im Hülsenfeld 1 - 9 (entweder 20.000 m² oder 10.000 m²) in kleinere Gewerbeflächen zu unterteilen, um diese entsprechend vermarkten zu können.

Fazit:

Unser Alternativvorschlag ermöglicht nicht nur Einsparungspotenzial aufgrund eines kostengünstigeren Neubaus für die Feuer- & Rettungswache (wir gehen von einer Investitionersparnis von mindestens 15 Mio. Euro aus), sondern schafft dringend benötigten Wohnraum mit hoher Lebensqualität und eröffnet neue - heiß begehrte - Gewerbeflächen. Last but not least stärken wir damit auch die Eigenkapitalquote unserer Stadt.

Dass unsere Kalkulation realistisch ist bestätigt der Neubau der Erkrather Feuerwehrwache, der auf einer Grundfläche von 8.000 m² Gesamtkosten in Höhe von 43.0 Mio. Euro beanspruchte.

Wir sollten die sich gerade auftuende Chance Im Hülsenfeld 1 - 9 am Schopfe packen, die aktuelle Planung kritisch hinterfragen und aus liberaler Sicht dahingehend ändern.

Dezernentin Wolke-Ertel wies auf die Isochronen hin - vom vorgeschlagenen Standort aus sei es

nicht möglich die Rettungszielzeiten einzuhalten. Darüber hinaus warb sie dafür über den vorliegenden Beschlussvorschlag abzustimmen um weitere Zeitverzögerungen zu vermeiden.

Dezernent Stuhlträger betonte die Möglichkeit eine SV zu dem eingebrachten Antrag der FDP-Fraktion zu erstellen, bei gleichzeitiger Abstimmung der vorliegenden SV in der laufenden Sitzung.

Rm Bauer (SPD) erbat im Falle einer zusätzlichen SV die bisher angefallenen Planungskosten mit aufzunehmen.

Rm Gramminger (FDP) erkundigte sich nach der Finanzierung des Erweiterungsbaus, angelegt auf 50 Jahre mit einer jährlichen Zinsbelastung von 2,5 Millionen Euro pro Jahr.

Dezernent Stuhlträger wies auf die Ausführungen in der Sitzung des Ausschusses für technische Infrastruktur am 12. März hin und erläuterte noch einmal, dass es sich um einen tagesaktuellen Zinssatz handele, der sich täglich verändern könne. Die Tilgung des Darlehens solle über die Abschreibung, angelegt auf 50 Jahre erfolgen.

Rm Gramminger (FDP) fragte nach, ob man von einem Gesamtvolumen für den Erweiterungsbau von 125 Millionen Euro ausgehen könne.

Dies wurde von der Verwaltung bejaht.

Rm Groß (CDU) erkundigte sich nach den voraussichtlichen Unterhaltungskosten und ob es diesbezüglich bereits Prognosen oder Schätzungen gäbe.

Dezernent Stuhlträger erklärte, dass dies Teil der § 13 KomHVO-Unterlagen sei, die zu einem späteren Zeitpunkt, voraussichtlich im September, behandelt würden. Bisher gäbe es lediglich Kostenschätzungen, keine Berechnungen.

Im Anschluss gab Dezernent Stuhlträger anhand eines Zeitstrahls einen Überblick über den Fortlauf des Erweiterungsbaus.

Rm Bauer (SPD) teilte mit, dass Ihre Fraktion die noch offenen Punkte im bilateralen Austausch mit den betreffenden Personen/Zuständigkeiten klären wolle.

Beschlussvorschlag:

1. Ausschuss für technische Infrastruktur

Der Ausschuss für technische Infrastruktur nimmt die Ergebnisse der Vorplanung zur Kenntnis und empfiehlt dem Hauptausschuss die Verwaltung zu beauftragen, die nachzuweisenden Stellplätze

- 112 Stellplätze Freiwillige Feuerwehr (DIN14092-1)
davon ca. 30 Stück als Alarmstellplatz
- 27 Fahrradstellplätze
- 2 Stellplätze für Besucher
- 1 Stellplatz für Besucher barrierefrei
- 21 Stellplätze für WGH (Baulast)

in Form einer Parkpalette entsprechend Vorplanung umzusetzen.

2. Hauptausschuss

Der Hauptausschuss nimmt die Ergebnisse der Vorplanung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die nachzuweisenden Stellplätze

- 112 Stellplätze Freiwillige Feuerwehr (DIN14092-1)
davon ca. 30 Stück als Alarmstellplatz

- 27 Fahrradstellplätze
- 2 Stellplätze für Besucher
- 1 Stellplatz für Besucher barrierefrei
- 21 Stellplätze für WGH (Baulast)

in Form einer Parkpalette entsprechend Vorplanung umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen von Bürgeraktion I Piraten und FDP.

6 Anregungen und Beschwerden

6.1 Anregung nach § 24 GO Einführung und Bereitstellung von
Taxigutscheinen für Frauen, um nachts mit einem Taxi den
Heimweg antreten zu können

WP 25-30 SV
II/005

Die Antragstellerin J. Brinks trägt den folgenden Beitrag vor:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder des Hauptausschusses,

mein Name ist Jeanine Brinks und ich engagiere mich als eine von drei Anfragestellerinnen für mehr Sicherheit von Frauen in unserer Stadt. Vielen Dank, dass Sie mir heute das Wort erteilen. Da unsere Zeit begrenzt ist, komme ich direkt zum Kern unseres Anliegens.

Sexualdelikte - und insbesondere Vergewaltigungen - nehmen besorgniserregend zu. Etwa zwei Drittel der Taten geschehen außerhalb von Partnerschaften. Die meisten Übergriffe passieren in den späten Abend- und Nachtstunden, oft auf dem Heimweg oder in dunklen Bereichen.

Diese Entwicklungen zeigen eines: Wie dringend wir handeln müssen! Nur mit konsequenter Prävention können wir Frauen wirksam schützen.

Zudem ist Sicherheit ein Grundrecht. Das Gewalthilfegesetz verpflichtet uns, Betroffene von Gewalt umfassend zu unterstützen und präventive Maßnahmen zu fördern.

Die Istanbul-Konvention, die Deutschland als bindendes europäisches Übereinkommen ratifiziert hat, fordert von uns umfassenden Schutz vor Gewalt gegen Frauen, konsequente Prävention, effektive Strafverfolgung und eine bedarfsgerechte Unterstützung der Opfer. Sie ist für uns eine Leitlinie, die wir ernst nehmen müssen.

Das Thema Sicherheit hatte auch in den Wahlprogrammen zur Kommunalwahl 2025 hohe Priorität: CDU setzt auf Polizei und Strafverschärfungen, SPD auf Prävention und Schutzräume, FDP auf digitale Lösungen, Grüne auf soziale Projekte, Bürgeraktion auf Präsenz und Aufklärung. Wir fordern Wahlversprechen einzulösen. Zudem verbindet unser Vorschlag Ansätze von nachhaltigen Mobilitätslösungen.

Als Pilotprojekt kann es risikominimiert getestet und bei Erfolg ausgeweitet werden. Erfahrungen hierzu können auch aus den Pilotprojekten „Frauen-Nacht-Taxis“ aus anderen Städten in NRW dienlich sein.

Finanziell ist das Projekt durch Zuschüsse und Fördermittel sicherlich auch in Hilden umsetzbar. Zum Beispiel könnten Fördermittel aus Mobilitätsprogrammen genutzt werden, wenn das Projekt digital, etwa mit einer Taxi-Ruf-App, verknüpft ist.

Das Projekt sendet ein starkes Signal der Wertschätzung und Fürsorge für die Frauen unserer Stadt.

Auch wenn in Hilden die Zahlen nicht so schlimm erscheinen: Jedes einzelne Opfer ist eines zu viel. Denn es könnte Ihre Tochter, Ihre Frau oder Sie selbst betreffen. Fragen Sie sich bitte: Wie würden Sie es in diesem Fall bewerten?

Wir bitten Sie eindringlich unsere Anfrage mit dem Titel „Einführung und Bereitstellung von Taxigutscheinen für Frauen, um nachts mit einem Taxi den Heimweg antreten zu können“ zu

prüfen und als Pilotprojekt ins Maßnahmenprogramm aufzunehmen.

Rm Buchholz (AfD) bemerkte, dass Prävention nicht bei Taxigutscheinen anfinke und man darüber hinaus ggf. konsequenterweise auch Taxigutscheine für Männer bereitstellen müsse. Angesichts der finanziellen Lage der Stadt lehnte er die Bürgeranregung ab.

Rm K. Bauer (SPD) schlug einen Änderungsantrag vor und verlas diesen.
(s.u. geänderter Beschlussvorschlag)

Die Antragstellerin stimmte dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu.

Antragstext:

Einführung und Bereitstellung von Gutscheinen durch die Stadt Hilden für Frauen, um nachts mit einem örtlichen Taxiunternehmen den Heimweg antreten zu können.

Geänderter Beschlussvorschlag:

Die SPD-Fraktion beantragt, den vorliegenden Bürgerantrag wie folgt zu ergänzen:

- 1. Die für das Projekt zur Verfügung gestellten Mittel werden auf maximal 10.000 Euro gedeckelt.*
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem zuständigen Ausschuss darzulegen, wie sie beabsichtigt, das Projekt zu kommunizieren und öffentlich bekannt zu machen.*
- 3. Dabei soll insbesondere dargestellt werden,*
 - welche Zielgruppen angesprochen werden sollen,*
 - über welche Kommunikationskanäle die Bekanntmachung erfolgen soll und*
 - wie eine niedrigschwellige Erreichbarkeit und Inanspruchnahme des Angebots sichergestellt werden kann.*
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, dem zuständigen Ausschuss spätestens ein Jahr nach Start des Projekts über die Umsetzung, Inanspruchnahme, Reichweite und die hieraus gewonnenen Erkenntnisse Bericht zu erstatten.*

Abstimmungsergebnis:

Der geänderte Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich abgelehnt bei

7 Ja-Stimmen (SPD 3, Grüne 2, Ba I Piraten 1, Linke 1)

7 Nein-Stimmen (CDU 5, AfD 2)

1 Enthaltung (FDP)

Nach kurzer Diskussion wurde über die Ablehnung des Antrages (Alternative 1) abgestimmt.

Antragstext:

Bitte schaffen Sie am Knotenpunkt Stelle Schalbruch/Westring einen Kreisverkehr mit Alleinstellungsmerkmal.

Beschlussvorschlag für den Hauptausschuss:

Alternative 1:

Vor dem Hintergrund der mehrheitlichen Entscheidung des Rates am 16.12.2025 zur Abwägung der hinsichtlich der Ausgestaltung des Knotenpunkts eingegangenen Anregungen zum Entwurf des Bebauungsplans Nr. 267 für den Bereich Westring / Schalbruch lehnt der Hauptausschuss den Bürgerantrag ab.

Alternative 2:

Der Bürgerantrag wird zur fachlichen Bewertung sowie zur Entscheidung an den Ausschuss für technische Infrastruktur verwiesen.

Eine Empfehlung hierzu spricht der Hauptausschuss nicht aus.

Abstimmungsergebnis:

Alternative 1 mehrheitlich beschlossen bei

11 Ja-Stimmen (CDU 5, SPD 3, Grüne 2, BGM 1)

5 Nein-Stimmen (AfD 2, FDP 1, Linke 1, BA I Piraten 1)

6.3 Bürgerantrag nach §24 Go NRW: Klusenstraße - zusätzliche
Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung

WP 25-30 SV
66/008

Antragstext:

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung, zeitnah geeignete verkehrsberuhigende Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen (z. B. bauliche Elemente, verstärkte Kontrollen oder temporäre Maßnahmen während der Umleitungsphase).

Folgende Szenarien wären hilfreich und sinnvoll:

Vorschlag 1: 2 zusätzliche Bodenschwellen / Temposchwellen, Zusatzschild „Schritt fahren“ oder Beispielbild aus Langenfeld & Anlieger frei

1.) Bei der Einfahrt in Höhe Klusenhof den Eingang des Bereichs zusätzlich erkennbar machen und den 30er Verkehr abbremsen, der sonst erst an der Temposchwelle (roter Pfeil) abbremsst.

2.) Höhe Hausnummer 23 nochmal die Beschleunigung einbremsen (etwa mittig zwischen Bodenschwelle Verbindungsstraße und Bodenschwelle Haus-Nr. 13)

Vorschlag 2: Sackgasse Klusenstraße bis Klusenhof;

Vorschlag 3: Einbahnstraße

Beschlussvorschlag für den Hauptausschuss:

Der Bürgerantrag wird zur fachlichen Bewertung sowie zur Entscheidung an den Ausschuss für technische Infrastruktur verwiesen.

Eine Empfehlung hierzu spricht der Hauptausschuss nicht aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in den Ausschuss für technische Infrastruktur verwiesen.

7 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

7.1	Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2026: Änderung von Ansätzen der Verwaltung - Hauptausschuss	WP 25-30 SV 20/037
-----	--	-----------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen zu beschließen, die in der Anlage beigefügten Änderungen in den Haushalt 2026 aufzunehmen und dem Rat zum Satzungsbeschluss für den Haushalt 2026 vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei

11 Ja-Stimmen (CDU 5, SPD 3, Grüne 2, BGM 1)
4 Nein-Stimmen (AfD 2, FDP 1, BA I Piraten 1)
1 Enthaltung (Die Linke)

7.2 Antrag Nr. 2026_01 zum Haushalt 2026 der AfD-Fraktion:
Einstellungsstopp

Der Tagesordnungspunkt 7.2 wurde auf Antrag der AfD in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung verschoben.

7.3	Antrag Nr. 2026_07 AfD -Beendigung VHS-Zweckverband	WP 25-30 SV III/009
-----	---	------------------------

Rm Buchholz (AfD) erläuterte noch einmal den Antrag seiner Fraktion.

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden möge nach Beratung im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen beschließen:

Die Stadt Hilden nimmt Kontakt mit der Stadt Haan mit dem Ziel auf, eine mittelfristige Beendigung des Zweckverbandes VHS herbeizuführen. Laufende Kurse sind davon nicht betroffen.

Die Auflösung des Zweckverbandes VHS führt zu einer jährlichen Einsparung in Höhe von über

540.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei

2 Ja-Stimmen (AfD)

14 Nein-Stimmen (CDU 5, SPD 3, Grüne 2, BA I Piraten 1, FDP 1, Die Linke 1, BGM 1)

0 Enthaltungen

7.4 Antrag Nr. 2026_14 zum Haushalt 2026 der FDP-Fraktion:
Personalkostenbudget

WP 25-30 SV
10/003

Rm Gramminger (FDP) erläuterte noch einmal den Antrag der FDP.

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt:

Die Personalaufwendungen für das Haushaltsjahr 2025 werden - vorbehaltlich etwaiger von außen auf die Stadt Hilden einwirkender Sondereinflüsse größeren Umfangs, die gegebenenfalls durch den Rat der Stadt Hilden gesondert festzustellen sind - in Höhe der tatsächlichen Personalaufwendungen des Jahres 2024 festgesetzt.

Die Personalkosten werden ab 2026 pro Dezernat budgetiert.

Für das Haushaltsjahr 2027 erfolgt eine Ansatzsteigerung um 1%.

Um diese Ziele nachhaltig zu erreichen, wird ein Personalkostencontrolling eingeführt.

Nach Vorliegen der Jahreszahlen 2026 erstattet die Verwaltung dem Rat einen Erfahrungsbericht.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei

3 Ja-Stimmen (AfD 2, FDP 1)

13 Nein-Stimmen (CDU 5, SPD 3, Grüne 2, BA I Piraten 1, Die Linke 1, BGM 1)

0 Enthaltungen

7.5 Antrag Nr. 2026_15 - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Area51

WP 25-30 SV
12/004

Aufgrund der Änderung der Tagesordnung wurde TOP 7.5 im Anschluss an TOP 7.7 beraten und der Antrag zurückgezogen.

7.6 Antrag Nr. 2026_16 - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kinderparlament

WP 25-30 SV
12/005

Rm Schuster (Bündnis'90/Die Grünen) erläuterte noch einmal den Antrag seiner Fraktion.

Antragstext:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das Kinderparlament eine 0,5 Sozialpädagogen – Stelle einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei

2 Ja-Stimmen (Grüne)

13 Nein-Stimmen (CDU 5, SPD 3, AfD 2, BA I Piraten 1, FDP 1, BGM 1)

1 Enthaltung (Die Linke)

7.7 Antrag Nr. 2026_24 - SPDuCDU_Maßnahmenpaket AREA51

WP 25-30 SV
12/006

Rm Bauer (SPD) wies darauf hin, dass in der Sitzung des JHA am 05. März über einen geänderten Antragstext abgestimmt wurde und der Satz bezüglich der Deckelung in Höhe von 70.000 € gestrichen wurde.

Rm Gramminger (FDP) sprach sich für eine Deckelung aus.

Darüber hinaus machte er darauf aufmerksam, dass der Rat der Stadt Hilden sich in der Vergangenheit darauf verständigt habe, dass Anträge mit finanziellen Auswirkungen einen Hinweis auf eine Gegenfinanzierung, bzw. einen Vorschlag zur Finanzierung haben sollten.

Geänderter Antragstext (Änderungen durchgestrichen)

Auf Antrag der Fraktionen von SPD und CDU beschließt der Rat der Stadt Hilden, nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss, für die zukünftige Konzeption des Area51:

1. Das Jugend- und Kulturzentrum dreimal wöchentlich zu öffnen (Angebot OT).
2. Eine pädagogische Einrichtungsleitung als 1,0 VZÄ im Stellenplan 2026 zu schaffen. Die Leitung hat die Aufgabe, die Kinder und Jugendlichen, welche die Einrichtung frequentieren, pädagogisch zu begleiten. Darüber hinaus ist die Leitung auch für die Vermietung und Betreuung des Jugend- und Kulturzentrums verantwortlich. ~~Die Stelle soll mit 70.000 € im Stellenplan gedeckelt werden.~~
3. Ein sachgerechtes Budget zur Beschäftigung von Honorarkräften zu dotieren.
4. Die Zuständigkeit des Jugend- und Kulturzentrums vor dem fachlichen und pädagogischen Hintergrund weiter im SG Jugendförderung (Amt 40) zu belassen.
5. Eine Stellenverlagerung der „kulturopädagogischen Fachkraft“ vom Amt 41 (Kulturamt) in das Amt 40 (Amt für Schule, Kinderbetreuung und Jugendförderung) vorzunehmen und die Stelle dauerhaft innerhalb des Sachgebiets Jugendförderung dem Jugend- und Kulturzentrum Area51 für die Jugendkulturarbeit zuzuordnen.
6. Ein Budget von 25.000 Euro für Veranstaltungen, Ferienmaßnahmen und Aktionen der offenen Jugendarbeit im Jugend- und Kulturzentrum Area51 bereitzustellen.
7. Die konzeptionelle Einarbeitung der oben genannten Öffnungszeiten, Personalausstattung, Zuständigkeit und Finanzbudgets in den Kinder- und Jugendförderplan.

Abstimmungsergebnis:

Mit geändertem Antragstext mehrheitlich beschlossen bei

12 Ja-Stimmen (CDU 5, SPD 3, Grüne 2, Die Linke 1, BA I Piraten 1)

4 Nein-Stimmen (AfD 2, FDP 1, BGM 1)

7.8 Stellenveränderungen zum Stellenplan 2026

WP 25-30 SV
12/007

Rm Bauer (SPD), Rm Buchholz (AfD) und Rm Benoit (Bürgeraktion I Piraten) erklärten, dass ihre Fraktionen dem Beschluss nicht zustimmen würden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Hauptausschuss und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligung in der bereitgestellten Version vom 04.03.2026 und unter Berücksichtigung der jeweiligen Abstimmungsergebnisse zum Haushalt 2026:

1. Die Gesamtheit aller Stellen (quantitativ) und die Anhebung der Stellen (qualitativer Teil Beamte) werden in der vorgelegten Form als Globalbeschluss beschlossen.
2. Die Tarifvollzüge und Stellenumwandlungen/-verlagerungen werden in der vorgelegten Form zur Kenntnis genommen.
3. Der Stellenplan 2025 wird durch die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegten Änderungen ergänzt und damit als Stellenplan 2026 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt bei

8 Ja-Stimmen (CDU 5, Grüne 2, BGM 1)
4 Nein-Stimmen (AfD 2, FDP 1, Bürgeraktion 1)
4 Enthaltungen (SPD 3, Die Linke 1)

8 Anträge

8.1 Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom
03.02.2026: Kosteneffizientere Alternativen gegenüber iPads im
Rahmen des MEP 2025-2029

WP 25-30 SV
10/004

Von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Antrag wurde bereits in der Sitzung des SSA am 04.03.26 zurückgezogen.

8.2 Antrag der AfD Fraktion vom 04.02.2026: Einführung eines KI-
Assistenten zur Bürgerberatung

WP 25-30 SV
12/009

Rm Buchholz (AfD) erläuterte den Antrag seiner Fraktion.

Rm Groß (CDU) äußerte sich skeptisch bezüglich der Anschaffungs- und Folgekosten.

Rm Wockenfoth (Die Linke) gab zu bedenken das die KI nicht ausreichend zuverlässig sei und nicht klar sei, wer ggf. für Folgen aus nicht korrekt beantworteten Anliegen/Fragen haftbar gemacht werden könne.

Antragstext:**Einführung eines KI-Assistenten zur Bürgerberatung**

Die Stadt Hilden prüft die Einführung eines KI-basierten Assistenten auf ihrer Webseite. Der KI-Assistent soll direkt auf der Startseite (www.hilden.de) prominent und leicht zugänglich platziert werden, um Bürgerfragen rund um die Uhr zu beantworten. Ziel ist es, den Bürgern Hildens rund um die Uhr Unterstützung zu bieten und gleichzeitig die Mitarbeiter der Stadtverwaltung von Standardanfragen zu entlasten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei

2 Ja-Stimmen (AfD)

13 Nein-Stimmen (CDU 5, SPD 3, Grüne 2, BA I Piraten 1, Die Linke 1)

1 Enthaltung (FDP)

8.3	Antrag Nr. 285-24 - Fraktion CDU Streichung der kw-Vermerke der beiden Digitalisierungsstellen	WP 25-30 SV 12/010
-----	--	-----------------------

Rm Groß (CDU) erläuterte den Antrag seiner Fraktion noch einmal.

Rm Buchholz (AfD) sprach sich dafür aus, keinen der kw-Vermerke zu streichen.

Rm Benoit (Bürgeraktion I Piraten) erklärte, dass seine Fraktion der Streichung eines kw-Vermerks zustimmen würde.

Rm Wockenfoth (Die Linke) befürwortete die Streichung der kw-Vermerke mit dem Hinweis, dass seine Fraktion dies auch in anderen Bereichen befürwortete.

Rm Gramminger (FDP) sprach sich für die Streichung der kw-Vermerke bei beiden Stellen aus.

Vorsitzender Dr. Claus Pommer ließ daraufhin über folgende drei Alternativen abstimmen:

1. Streichung 2 kw-Vermerke
2. Streichung 1 kw-Vermerk
3. Keine Streichung

Antragstext:

Die Fraktion der CDU Hilden beantragt die Streichung der kw-Vermerke der beiden Stellen der Sachbearbeitung Digitalisierung (Digitalisierungspaten).

Abstimmungsergebnis:

Alternative 1 mehrheitlich beschlossen bei

Alternative 1: Streichung 2 kw-Vermerke	13 Ja-Stimmen (CDU 5, SPD 3, Grüne 2, Die Linke 1, FDP 1, BGM 1)
---	--

Alternative 2	Streichung 1 kw-Vermerk	1 Ja-Stimme (Bürgeraktion I Piraten)
Alternative 3	Keine Streichung	2 Ja-Stimmen (AfD)

8.4	Antrag Nr. 2026_18 - BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Neugestaltung der Gebühren für Anwohner*innenparkausweise – Einführung eines flächenbezogenen Gebührenmodells	WP 25-30 SV II/003
-----	---	-----------------------

Rm Schuster (Bündnis'90/Die Grünen) nahm zu den Ausführungen der Verwaltung in der SV Stellung.

Antragstext:

Neugestaltung der Gebühren für Anwohner*innenparkausweise – Einführung eines flächenbezogenen Gebührenmodells

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Haushaltsplanung 2026 und die Folgejahre eine neue Gebührenordnung für Anwohner*innenparkausweise zu erarbeiten und dem zuständigen Fachausschuss, sowie dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Das Modell soll folgende Kriterien erfüllen:

1. Bepreisung nach Flächenverbrauch: Die jährliche Gebühr richtet sich nach der durch das Fahrzeug beanspruchten Grundfläche (Länge × Breite laut Fahrzeugschein).
2. Festlegung einer Untergrenze: Die aktuell geltenden Gebühren für Anwohner*innenparkausweise werden als absolute preisliche Untergrenze definiert. Kein Parkausweis soll - unabhängig von der Fahrzeuggröße - günstiger sein als der aktuelle Satz.
3. Haushaltsrelevanz: Die Gebühren sind so zu kalkulieren, dass sie einen substanziellen Beitrag zur Deckung der Kosten für die Bereitstellung und Instandhaltung der Parkinfrastruktur leisten - so den städtischen Haushalt ab 2026 nachhaltig entlasten.
4. Soziale Komponente: Es soll geprüft werden, wie eine Staffelung nach sozialen Kriterien rechtssicher integriert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei

2 Ja-Stimmen (Grüne)

14 Nein-Stimmen (CDU 5, SPD 3, AfD 2, FDP 1, BA I Piraten 1, Die Linke 1, BGM 1)

0 Enthaltungen

8.5	Beitritt zum Netzwerk sicher im Dienst	WP 25-30 SV II/002
-----	--	-----------------------

Rm Bauer (SPD) bedankte sich für die Stellungnahme der Verwaltung und warb um Zustimmung für den Antrag.

Antragstext:

Die Stadt Hilden tritt nach Ratsbeschluss dem Netzwerk „Sicher im Dienst“ bei und erarbeitet

im Zuge des Beitritts eine zu veröffentlichende Grundsatzerklärung gegen Gewalt am Arbeitsplatz.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.

9 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Vorsitzender, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, machte darauf aufmerksam, dass es wegen der Umstellung im Parkhaus auf die Kennzeichen-Erkennung zurzeit keine Auslasstickets gäbe. Wer seine Parkgebühren ersetzt haben wolle, könne die Parkquittung aber im Bürgermeisterbüro einreichen.

10 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine.

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

Dr. Claus Pommer / Datum
Vorsitzender

Ilka Sobirey / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Roland Becker / Datum
Amtsleiter Bürgermeisterbüro